

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 276 · 48. Woche · 69. Jahrgang · F

Samstag, 29. November 2014

Wirtschaft macht Druck Mehr Jobs für Flüchtlinge

Das Thema Arbeitgeber fordern Bleiberecht für Azubis - Schärfere Regeln für EU-Zuwanderer

Asylbewerbern wurde kürzlich die Arbeitsaufnahme erleichtert. Der Wirtschaft im Land sind die Regeln aber weiterhin zu streng. Die Arbeitgeber arbeiten an einem Forderungskatalog.

VON ANNE GUHLICH
UND RAINER WEHAUS

STUTTGART. Den Arbeitgebern geht das Gesetz, das Flüchtlinge nach einer Wartefrist von drei Monaten arbeiten lässt, nicht weit genug. „Es sind weitere Anstrengungen nötig“, sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer, unserer Zeitung. Einen Job bekommen Flüchtlinge nur, wenn ihn kein Deutscher machen

will. Diese Vorrangprüfung entfällt erst nach 15 Monaten. Diese Frist sollte bei Asylsuchenden auf sechs Monate verkürzt werden, forderte Kramer. Bei Geduldeten sollte der Vorrang für deutsche Arbeitnehmer sogar ganz abgeschafft werden. Statt nach drei Monaten sollten diese Menschen zudem bereits ab Erteilung der Duldung arbeiten dürfen, so Kramer. Als „geduldet“ werden Ausländer bezeichnet, die in Deutschland kein Asyl bekommen, aber auch nicht abgeschoben werden können.

In Baden-Württemberg erarbeiten die Arbeitgeber derzeit ein Konzept ZW⁴ Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, sagte Peter Kulitz, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und

Handelskammertags (BWIHK), unserer Zeitung. „Der BWIHK appelliert an die Landesregierung, Flüchtlingen in Ausbildung künftig ein langfristiges oder unbeschränktes Aufenthaltsrecht zu gewähren.“ Der Bundesrat hat unterdessen die von der Bundesregierung gewollten schärferen Regeln für Zuwanderer aus EU-Staaten gebilligt. Sozialmissbrauch soll so verhindert oder stärker geahndet werden können. Im Gegenzug setzen die Länder durch, dass der Bund ihnen finanziell bei der Flüchtlingsunterbringung hilft. Allein Baden-Württemberg bekommt in den nächsten zwei Jahren rund 130 Millionen Euro. Zugleich sollen Asylbewerber leichter zum Arzt können.

• **Kommentar**
• **Landesnachrichten Seite 6**

Kommentar

Ausländer rein!

Die Grünen fallen beim Thema
Asyl auf rechte Parolen herein

VON RAINER WEHAUS

Seitdem CDU und SPD im Bundesrat ihre Mehrheit verloren haben, geht in der Flüchtlingspolitik nichts mehr ohne die Grünen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann versteht dies geschickt zu nutzen. Als Gegenleistung für sein Ja zur Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten hatte der Grüne im September Verbesserungen für Asylbewerber ausgehandelt: Sie bekommen künftig in der Regel wieder Geld statt Sachleistungen, dürfen freier reisen und früher eine Arbeit aufnehmen.

Nun hat Kretschmann auch schärfere Regeln für Wirtschaftsflüchtlinge aus EU-Staaten zugestimmt. Im Gegenzug können Asylbewerber bald leichter

zum Arzt. Unterm Strich heißt das: Zuwanderer aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien kommen nicht mehr so leicht an Sozialleistungen. Für arme Menschen außerhalb Europas aber wird Deutschland als Asylland noch attraktiver.

Angesichts der Tatsache, dass nur ein Drittel aller Asylbewerber als Flüchtlinge anerkannt werden, sollte die Politik eigentlich andere Schwerpunkte setzen. Es müsste vorrangig darum gehen, die Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge zu senken. Weite Teile der Grünen denken darüber aber nicht einmal nach. Zu stark sind ihre alt-linken Reflexe. Weil die Rechten „Ausländer raus!“, rufen, rufen sie einfach „Ausländer rein!“, . Auf die Parole „Das Boot ist voll“ antwortete Kretschmann unlängst: „Das Boot ist nie voll.“ Was ihre Schlichtheit angeht, schenken sich beide Positionen nicht viel. Die Grünen merken vielleicht gar nicht, wie sie damit auf die rechten Parolen hereinfallen und den überforderten deutschen Sozialstaat in eine immer größere Schieflage bringen. Kretschmanns Betteln um Bundeshilfen für Flüchtlinge zeigt: Das Boot mag nicht voll sein, aber die Kassen sind leer.

r.wehaus@stn.zgs.de